



Antrag

—

Fraktion DIE LINKE

Die Pandemie ist nicht vorbei - Das Land muss sich den neuen Herausforderungen stellen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag dankt ausdrücklich allen Menschen im Land, die jeden Tag in der Corona-Pandemie Außerordentliches leisten, um gemeinsam die Pandemie zu bewältigen. Der Dank geht ebenso an alle, die verständnisvoll mit den zu ergreifenden Maßnahmen sind und sich solidarisch verhalten.
2. Der Landtag stellt fest, dass sich die aktuelle Situation der Pandemie zuspitzt und es keine Entspannung gibt.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ihre Aufklärungskampagne zum Impfen und zum Testen deutlich zu intensivieren. Dazu sind u. a. folgende Maßnahmen vorzunehmen:
 - Jede/r Einwohner*in im Land bekommt ein Schreiben der Landesregierung zur Impfthematik, welches über den Schutz einer SARS-CoV-2-Impfung als auch über die sogenannte Booster-Impfung aufklärt. Gleichzeitig erfolgt über persönliche Ansprache die Bitte, sich impfen zu lassen bzw. die sogenannte Booster-Impfung zu nutzen. Diesem Schreiben wird eine Übersicht von Orten und Terminen der regionalen Impfangebote beigelegt.
 - Das Land richtet eine Impfhotline ein und teilt in dem o. g. Schreiben als auch über die regionalen und überregionalen Medien deren Erreichbarkeit mit. Die Hotline wird Fragen rund um die Corona-Impfung beantworten und auch Impfmöglichkeiten vor Ort für Impfinteressierte bekanntgeben.

- Arbeitgeber*innen und Unternehmen werden aufgefordert, ihre Mitarbeiter*innen für die Impfung am Tag der Impfung und für den Folgetag bei Entgeltfortzahlung freizustellen bzw. Sonderurlaub zu gewähren.
 - Das Land setzt verstärkt auf mobile Impfteams in den Regionen. Diese sind insbesondere dort einzusetzen, wo viele Menschen zusammenkommen aber auch dort, wo medizinische Versorgungslücken bestehen.
 - Das Land unterstützt insbesondere im ländlichen Raum die Inanspruchnahme von Impfmöglichkeiten durch Vollfinanzierung von Fahrdiensten zu den Impfstellen. Mit der Vergabe eines Impftermins ist der Anspruch auf kostenfreie Beförderung verbunden.
 - Das Land übernimmt für alle Einwohner*innen in Sachsen-Anhalt ab sofort die Kosten für SARS-CoV-2-Tests bis zur Wiederherstellung der bundesweiten kostenfreien Testinfrastruktur.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Prüfung einer berufsgruppenspezifischen Impfpflicht gegen das SARS-CoV-2-Virus einzusetzen. Dabei sind vor allem Personen, die beruflich mit besonders gefährdeten Gruppen arbeiten, also die Mitarbeitenden aus den Bereichen der Pflege, Gesundheit, Kindertagesbetreuung und Schule, in den Fokus zu rücken.
 5. Die Landesregierung wird ergänzend aufgefordert, ab sofort die Testpflicht für Mitarbeitende, Dienstleister*innen und Besucher*innen in den betreuenden Bereichen wie Pflege, Gesundheit, Kindertagesbetreuung und Schule auf Geimpfte und Genesene auszuweiten.
 6. Die Teststrategie an den Schulen ist beizubehalten und auszuweiten sowie für alle Schüler*innen anzuwenden. Des Weiteren weisen sich Schüler*innen unter 18 Jahren ab sofort mit dem Schüler*innenausweis als getestet aus. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sind auch zukünftig von der 2G-Regel auszunehmen.

Begründung

Seit nunmehr fast 2 Jahren grassiert das Corona-Virus auf der Welt. Genauso lange beherrscht eine Pandemie uns und wir nicht die Pandemie. Aktuelle Inzidenzzahlen aus der Zielgruppe der Kinder zwischen 5 und 14 Jahren steigen rasant. Das Virus wird weiterhin aktiv übertragen. Gleichzeitig haben wir erneut bedauerliche Todesfälle in einem Altenheim. Auch hier sind noch immer nicht alle Menschen geimpft oder können sich nicht impfen las-

sen. Dennoch hat das Land die Impfzentren geschlossen und der Bund die Kostenpflicht für Tests eingeführt. Beides sind Maßnahmen, die die Pandemie befördern, statt sie zu einem Ende zu bringen.

Im Kampf dagegen leistet besonders das medizinische, pflegende und betreuende Fachpersonal Immenses, um die Gesundheit der Menschen zu erhalten bis hin zum Retten von Menschenleben. Sie arbeiten dabei bis zur eigenen Erschöpfung. Das Instrument der Impfung, das nun allen Einwohner*innen über 12 Jahren zur Verfügung steht, ist dabei das wichtigste Instrument, um weitere Mutationen zu verhindern, die Pandemie erst einzudämmen und ihr dann ein Ende setzen zu können. Ein Dank gilt daher allen, die nicht nur die Maßnahmen zum Schutze von Menschenleben respektieren und umsetzen, sondern insbesondere den wissenschaftlichen Erkenntnissen vertrauen sowie mit einem Piecks einen Beitrag zur Bewältigung dieser Krise beitragen.

Nachdem Impfungen auf freiwilliger Basis gestartet sind, hat ein Teil der Bevölkerung des Landes davon Gebrauch gemacht. Aber noch lange nicht genügend. Bisher sind im Land Sachsen-Anhalt ca. 63 % der Menschen geimpft¹. Eine Zahl, die Mut machen sollte, aber nicht hoch genug liegt, um sich in Sicherheit wägen zu können. Um mehr Menschen dazu bewegen zu können, sich impfen zu lassen, brauchen wir eine massive Ausweitung der Impf- und Aufklärungskampagne. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, endlich ihre Aufgabe der Aufklärung über die SARS-CoV-2-Impfung flächendeckend zu intensivieren als auch die Menschen bei der Inanspruchnahme zu unterstützen. Um dies wirklich effektiv anzugehen, soll jeder Person, die sich impfen lassen kann, ein Informationspaket bestehend aus den o. g. Punkten vom Land Sachsen-Anhalt erhalten. Das Ziel muss es sein, falschen Behauptungen über das Impfen mit Information und einem dauerhaft nutzbaren und erreichbaren Beratungsangebot aktiv entgegen zu treten. Darüber hinaus muss es den Menschen ermöglicht werden, ohne großen Eigenaufwand ein Impfangebot zu nutzen; insbesondere im ländlichen Raum, der eben nicht auf eine gut ausgebaute ÖPNV-Struktur zurückgreifen kann, sind deshalb die Angebote zu den Menschen oder die Menschen zu den Angeboten zu bringen, ohne dass diesen dabei ein hoher Mehraufwand droht. Dazu soll das Land sich mit den Landkreisen und kreisfreien Städten beraten, wie diese Aufklärung deutlich besser, deutlich zielgerichteter zu den Menschen kommen kann.

Gleichzeitig wird die Landesregierung aufgefordert, sich beim Bund für eine berufsspezifische Impfpflicht einzusetzen und damit einer Forderung des Ärzteverbandes Marburger Bund² nachzukommen. Diese soll in den sogenannten vulnerablen Bereichen gelten. Überall dort, wo Menschen betreut, gepflegt werden, dort wo Menschen sich mit einer eigenen

¹ Vgl. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (2021): <https://ms.sachsen-anhalt.de/themen/gesundheit/aktuell/coronavirus/coronavirus-impfen/impfstatistik/> (Eingesehen am 7.11.2021)

² Vgl. Tagesschau (2021): <https://www.tagesschau.de/inland/debatte-impfpflicht-101.html>

Impfung nicht selbst schützen können, müssen alle Mitarbeitenden sich ihrer moralischen Verantwortung und Verpflichtung bewusst sein. Dies betrifft insbesondere Einrichtungen der Kindertagesbetreuung, Jugendhilfeeinrichtungen, Schulen, Altenpflegeheime, Tagespflege, Krankenhäuser. Es ist unverantwortlich, hier weiter zuzusehen und die Entscheidung zu scheuen angesichts dessen, dass uns anderenfalls mehr schockierende Nachrichten wie jüngst aus dem Altmarkkreis Salzwedel drohen³.

Es muss gelingen, Infektionsketten zu brechen und Menschen vor einer Erkrankung zu schützen. Insbesondere im Hinblick auf die Inzidenz-Entwicklung von jungen Menschen erleben wir im Land hier eine dramatische Situation, der unverzüglich begegnet werden muss. Dazu ist es unter den aktuellen Bedingungen unerlässlich, die Tests zu intensivieren. Da aktuell noch zu viele Menschen, vor allem auch in den zuvor genannten Einrichtungen, ungeimpft sind oder selbst nicht für den eigenen Impfschutz sorgen können, müssen alle - ob geimpft, genesen oder ungeimpft - regelmäßig getestet werden. Wenn wir jetzt weiter nachlassen, werden wir diese Pandemie vorläufig nicht zu Ende bringen. Und schon gar nicht per Beschluss des Bundesgesundheitsministeriums.

Der Fokus muss dabei vor allem auf unseren Jüngsten liegen. Die Landesregierung wird aufgefordert, Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr weiterhin eine Teilhabe am öffentlichen Leben gemäß 3G-Regelung zu ermöglichen und von einer 2G-Lösung für diese Altersgruppe abzusehen. Schüler*innenausweise können dabei als Nachweis für die Testungen dienen, um hier nicht einen Mehraufwand für die jungen Menschen zu generieren. Grundsätzlich ist die Teststrategie in den Schulen beizubehalten und alle Kinder, auch bereits geimpfte und genesene, in diese einzubeziehen.

Eva von Angern
Fraktionsvorsitzende

³ Vgl. MDR (2021): <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/stendal/salzwedel/corona-ausbruch-pflegeheim-tote-100.html>